

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

April 2017



Forschungsergebnisse

**Ausbau von
Breitbandinternet
fördert Produktivität**

Schwerpunkt

**Deutscher M&A-Index
startet stark ins Jahr**

Wirtschaftspolitische Analyse

**Wie sich Deregulierung
und Globalisierung auf
Wachstum auswirken**

Während etablierte Unternehmen Studien zufolge von moderater Mitarbeiterfluktuation profitieren können, indem diese Fluktuation die Produktivität des Unternehmens steigert, zeigt sich bei jungen Unternehmen anhand einer ZEW-Studie ein anderes Bild: Ein Mitarbeiteraustausch wirkt sich nie positiv auf die Produktivität junger Unternehmen aus.

Foto: © istockphoto/samxmeg

Mitarbeiterfluktuation ist schädlich für die Produktivität junger Unternehmen

Wenn bei jungen Unternehmen Mitarbeiter/innen ausgetauscht werden, hat das negative Folgen für die Produktivität des Unternehmens. Dieser negative Effekt ist vor allem dann besonders groß, wenn Gründer/innen keine Erfahrung in der Führung von Personal haben, und ist umso stärker ausgeprägt, je jünger ein Unternehmen ist, wie aus einer ZEW-Studie hervorgeht.

Die Analyse beruht auf einer Auswertung von Daten des KfW/ZEW-Gründungspanels zu 15.300 jungen Unternehmen aus Deutschland mit Gründungsdatum zwischen den Jahren 2005 und 2012. Eine Zunahme der Mitarbeiterausstauschrates um ein Prozent ist mit einer Abnahme der Unternehmenswertschöpfung um 0,074 Prozent verbunden. Mit anderen Worten: Wenn ein durchschnittliches junges Unternehmen eine(n) von drei Mitarbeitern/-innen austauscht, führt dies im Jahr des Austauschs

zu einem Wertschöpfungsverlust von 22.000 Euro. Zusätzliche Auswertungen weisen darauf hin, dass junge Unternehmen diesen Produktivitätsverlust auch in den nächsten beiden Geschäftsjahren, wenn der/die neue Mitarbeiter/in besser eingearbeitet ist, nicht wettmachen können. Mit Blick auf die Beeinträchtigung der Produktivität junger Unternehmen macht es keinen Unterschied, ob der/die ersetzte Mitarbeiter/in von sich aus das Unternehmen verlassen hat oder ob der Arbeitgeber ihm/ihr gekündigt hat.

Besonders hoch ist der negative Produktivitätseffekt, wenn Gründer/innen über keine Personalführungs- oder Managementvorerfahrungen verfügen. Im Vergleich zu Unternehmen, deren Gründer/innen Vorerfahrungen besitzen, ist der negative Effekt etwa doppelt so hoch. Insgesamt gaben 72 Prozent der Gründer/innen in der ZEW-Befragung an, über frühere Management-

erfahrung – entweder als Gründer/in oder aus einer Führungsposition in abhängiger Beschäftigung – zu verfügen. Allerdings ist ein „Lerneffekt“ nicht immer messbar: So können Gründer/innen, die bei früheren Versuchen ein Unternehmen zu gründen, gescheitert sind, nicht besser mit Mitarbeiterfluktuation umgehen als völlig unerfahrene Gründer/innen.

Hohe Kosten durch Mitarbeiterfluktuation

Darüber hinaus kommt die ZEW-Studie zu dem Ergebnis, dass mit zunehmendem Unternehmensalter der Produktivitätsverlust durch Mitarbeiterfluktuation geringer ausfällt. Besonders bei jungen Unternehmen mit einem Alter unter 2,4 Jahren sinkt die Produktivität deutlich, wenn Mitarbeiter/innen ausgetauscht werden. Zwar gibt es Anhaltspunkte, dass Mitarbeiterfluktuation bei jungen Unternehmen mit einem Alter ab 2,4 Jahren we-

niger schädlich ist, trotzdem wirkt sich Mitarbeiteraustausch nie positiv auf die Produktivität aus. Dieser negative Effekt erklärt sich neben dem Mangel an Managementenerfahrung, durch den es einem Teil der Gründer/innen schwerfällt, einen guten Arbeitgeber-Mitarbeiter-Match sicherzustellen, auch durch die schwache Position junger Unternehmen auf dem Arbeitsmarkt, die es ihnen erschwert, qualifiziertes Personal zu attrahieren. Junge haben im Gegensatz zu etablierten Unternehmen deshalb ein höheres Risiko, ungeplant Mitarbeiter/innen austauschen zu müssen. Darüber hinaus entstehen ihnen vergleichsweise hohe Kosten durch Fluktuation, da ausscheidende Mitarbeiter/innen in jungen Unternehmen meist über großes implizites Wissen verfügen.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU78827

Dr. Martin Murmann, murmann@zew.de

Staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Deutschland wächst stetig

Die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland haben zwischen den Jahren 2005 und 2015 nominell um 50 Prozent zugenommen. Im Jahr 2015 gaben Bund und Länder zusammen 25,08 Milliarden Euro für die Finanzierung von FuE in Wissenschaft und Unternehmen aus. Der Anstieg reicht jedoch nicht aus, die Zielmarke der Bundesregierung, die für das Jahr 2025 einen Anteil der staatlichen FuE-Finanzierung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1,15 Prozent anstrebt, zu erreichen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle ZEW-Studie im Auftrag der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI).

Die Mehrausgaben bei der staatlichen FuE-Finanzierung seit 2005 wurden hauptsächlich vom Bund getragen: Mit 43,9 Prozent ist der Zuwachs auf Seiten des Bundes deutlich höher als auf Seiten der Länder (Zuwachs: 12,2 Prozent). Im Jahr 2015 entfielen von 25,08 Milliarden Euro Gesamtausgaben 59,4 Prozent (14,90 Milliarden Euro) auf den Bund und 40,6 Prozent (10,18 Milliarden Euro) auf die Länder.

Die Bundesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, im Jahr 2010 ein Prozent des BIP für staatliche FuE-Finanzierung einzusetzen, bis 2025 werden 1,15 Prozent angepeilt. Für 2016 sehen die Planzahlen des Bundes eine Erhöhung des FuE-Budgets auf 15,8 Milliarden Euro vor. Sofern die Länder ihren Anteil an der staatlichen FuE-Finanzierung im Vergleich zum Jahr 2015 unverändert lassen, führt dies – bezogen auf das BIP – voraussichtlich zu einer Quote von 0,84 Prozent.

Diese Werte ergeben sich aus der Zielsetzung der Bundesregierung, bis zum Jahr 2010 insgesamt drei Prozent und bis zum Jahr 2025 3,5 Prozent des BIP für FuE aufzuwenden. Zwei Drittel dieser Mittel für FuE sollen dabei von privatwirtschaft-

licher Seite getragen werden. Um den Zielwert für das Jahr 2025 zu erreichen, muss das staatliche Budget für FuE allerdings erheblich erhöht werden.

Staatliche FuE-Finanzierung vor allem an Hochschulen

In welche Zielbereiche die staatliche FuE-Finanzierung fließt, hat sich in den vergangenen 25 Jahren kaum verändert. Der größte Teil wird zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschung an Hochschulen eingesetzt (39 Prozent im Jahr 2015). Der einzige Zielbereich, der einen Rückgang aufwies, war die Verteidigungsforschung. Die FuE-Ausgaben für Verteidigungszwecke haben seit 1991 (minus 11,1 Prozent) erheblich abgenommen, sie machten 2015 nur 3,1 Prozent der gesamten staatlichen FuE-Ausgaben aus. Am stärksten ausgeweitet wurden in den vergangenen zehn Jahren die staatlichen Mittel für Energieforschung und für Forschung zu Landwirtschaft und Ernährung (durchschnittlich 8,4 Prozent pro Jahr von 2005 bis 2015). Die Förderung von FuE und Innovation durch den deutschen Staat erfolgt über eine große Anzahl an Fördermaßnahmen sowohl auf Bundesebene (Mitte 2016: 88 Maßnahmen) als auch auf Länderseite (Mitte 2016: 199 Maßnahmen). 101 unterschiedliche Organisationen setzen diese Fördermaßnahmen um. Diese Vielfalt wird oft als ein „Förderdschungel“ empfunden. Trotz Bemühungen zur Vereinfachung des Förderangebots hat in den vergangenen 15 Jahren weder die Anzahl der Maßnahmen noch die Anzahl der mit Umsetzung der Maßnahmen betrauten Organisationen abgenommen.

Download der Studie unter: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/StuDIS_EFI-Indikatorik2017.pdf

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

Ausbau von Breitbandinfrastrukturen wirkt fördernd auf Wachstum und Produktivität

Das Breitbandinternet gilt als eine der größten technologischen Errungenschaften der vergangenen zwei Dekaden. Doch können ihm auch positive ökonomische Wirkungen nachgewiesen werden? Die umfassende Metastudie eines ZEW-Forscherteams zeigt auf Basis einer Vielzahl von empirischen Untersuchungen zur Breitbandtechnologie, dass Breitbandinfrastrukturen gesamtwirtschaftlich positive Effekte haben.

Sei es Cloud Computing, Videostreaming oder Big Data Analytics – ohne Breitbandinternet wären solche Anwendungen nicht denkbar. Doch wirkt sich die Breitbandinfrastruktur auch auf ökonomische Indikatoren aus? Dutzende empirische Arbeiten haben sich in den vergangenen Jahren mit der Frage befasst, ob und inwiefern ein solcher Einfluss auf Produktivität, Wachstum, Beschäftigung und regionale Entwicklung tatsächlich ökonomisch zu messen ist.

Die Metastudie des ZEW hat eine große Anzahl empirischer Untersuchungen gesichtet und ausgewertet, die sich mit dem Einfluss der Breitbandtechnologie auf ökonomische Indikatoren wie Produktivität, Wachstum, Beschäftigung und auch regionale Entwicklung befassen.

Dabei zeigt sich auf einer gesamtwirtschaftlichen Ebene, dass Breitbandinfrastrukturen nicht nur einen positiven Einfluss auf Produktivität und wirtschaftliches Wachstum ausüben, sondern – zumindest teilweise – auch neue Beschäftigungsverhältnisse schaffen und zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere ländlicher Gebiete beitragen können. Vor diesem Hintergrund scheinen grundlegende Investitionen in den Ausbau von Breitbandinfrastrukturen wohlfahrtsfördernde Wirkungen zu entfalten.

Auch Unternehmen profitieren

Auch auf Unternehmensebene finden sich positive Effekte der Nutzung von Breitbandinfrastrukturen auf Unternehmensproduktivität und unternehmensbezogenes Wachstum. Allerdings zeigen einige Studien auf, dass die Arbeit im digitalen Zeitalter höhere Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter/innen stellt. Während die Nachfrage nach hoch qualifizierten

Mitarbeiter/innen ansteigt und sich auch in Lohnerhöhungen niederschlägt, sehen sich gering qualifizierte Arbeitnehmende mit einer schwierigeren Arbeitsmarktsituation und folglich niedrigeren Löhnen konfrontiert.

Die Ergebnisse der Metastudie erlauben deshalb einige Schlussfolgerungen für die Politik. So legt die hohe Bedeutung breitbandiger Infrastrukturen für Wachstum und Beschäftigung einerseits sowie die geringen Anreize von Telekommunikationsanbietern zur Versorgung dünn besiedelter ländlicher Gebiete andererseits nahe, dass der Staat durch die Gewährung von Beihilfen die ländlicheren Gebiete beim Ausbau entsprechender Infrastrukturen finanziell unterstützen sollte.

Investitionen in Aus- und Weiterbildung nötig

Während eine Reihe von Studien die gesamt- und einzelwirtschaftliche Bedeutung von Telekommunikations- und Basisbreitbandinfrastrukturen und den darauf basierenden Diensten gut belegen, existieren bislang kaum empirische Beweise für die spezifisch von schnellen, das heißt gänzlich oder überwiegend glasfaserbasierten Breitbandnetzen und darauf basierenden Diensten ausgehenden positiven Externalitäten.

Die Ergebnisse der Metastudie legen zudem nahe, dass die Maßnahmen nicht beim Infrastrukturausbau enden sollten. Vielmehr ist darauf zu achten, auch in die Aus- und Weiterbildung der entsprechenden Bevölkerungsgruppen zu investieren. Dabei handelt es sich um eine Aufgabe, die sich gleichermaßen an Wirtschaft, Politik und Sozialpartner richtet. Darüber hinaus gilt es, die zu erwartenden Verteilungseffekte zwischen hoch- und geringqualifizierten Arbeitnehmenden zu beobachten und denkbaren gesamtwirtschaftlich unerwünschten Entwicklungen mit entsprechenden Politikmaßnahmen rechtzeitig entgegenzusteuern.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU78211

Prof. Dr. Irene Bertsek, bertsek@zew.de
 Dr. Wolfgang Briglauer, briglauer@zew.de
 Prof. Dr. Kai Hüschelrath, hueschelrath@zew.de
 Dr. Thomas Niebel, niebel@zew.de

INHALT

Mitarbeiterfluktuation ist schädlich für die Produktivität junger Unternehmen.	1
Staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Deutschland wächst stetig	2
Ausbau von Breitbandinfrastrukturen wirkt fördernd auf Wachstum und Produktivität	3
Wie sich Deregulierung und Globalisierung auf das Wirtschaftswachstum auswirken	4

Schwerpunkt M&A-Report	5
Nachgefragt: Wie lässt sich die Rentenlücke in Deutschland schließen?	8
Landesregierung Baden-Württemberg und ZEW würdigen Lothar Späth	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12



Deregulierungsmaßnahmen können am ehesten positive Effekte entfalten, wenn die Wirtschaftssektoren und Unternehmen eines Landes offen für Importe und den Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen sind.

Foto: © Istockphoto/primeimages

Wie sich Deregulierung und Globalisierung auf das Wirtschaftswachstum auswirken

Ob Unternehmen von einer Abschaffung wettbewerbsmindernder Regulierungsvorschriften profitieren, hängt teilweise von ihrer Offenheit mit Blick auf den Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen ab. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des ZEW und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die das Produktivitätswachstum verschiedener Unternehmen untersucht hat. Gerade Unternehmen, die am meisten zum Wirtschaftswachstum beitragen, können durch eine geringere Offenheit eingeschränkt werden, was sich letztlich nachteilig auf den Unternehmenserfolg auswirkt.

In vielen Mitgliedstaaten der OECD plädieren Befürworter von Deregulierungsmaßnahmen zunehmend für eine Reduzierung nationaler Vorschriften. Deregulierung könnte insbesondere in den Netzwerkindustrien, aber auch im Einzelhandel oder im Dienstleistungssektor zu einer deutlichen Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit nachgelagerter Sektoren führen. Zudem unterstützen Deregulierungsmaßnahmen neue Unternehmen gezielt beim Markteintritt und regen so marktbeherrschende Unternehmen an, die eigenen Innovationsaktivitäten zur Sicherung von Marktanteilen zu verstärken. Vor diesem Hintergrund haben viele Länder den Gütermarkt in den vergangenen Jahrzehnten schrittweise dereguliert oder restrukturiert, indem Unternehmen der Weg zur Gründung und zur Geschäftsentwicklung geebnet oder auch ausländischen Firmen und Produkten der Markteintritt erleichtert wurde.

Wettbewerbsdruck von außen steigert Produktivität

Für die Studie haben Wissenschaftler/innen des ZEW und der OECD Daten zum Produktivitätswachstum von Unternehmen aus 14 OECD-Staaten analysiert. Demnach hängen positive Effekte einer Lockerung staatlicher Vorschriften sowohl von der sektoralen Offenheit eines Landes mit Blick auf Importe ab als auch vom technologischen Entwicklungsstand einzelner Unternehmen. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass der Produktivitätszuwachs bei Unternehmen mit höherem Importanteil größer ist, je fortgeschrittener der technologische Entwicklungsstand dieser Unternehmen innerhalb der Sektoren ist. Dabei scheinen die

produktivsten Unternehmen deutliche Produktivitätssteigerungen zu verzeichnen, wenn gleichzeitig ein hoher Wettbewerbsdruck von ausländischen Unternehmen herrscht. Der wettbewerbsfördernde Effekt für den internationalen Handel hängt davon ab, wie streng die nationalen Rechtsvorschriften sind.

Die Studie legt nahe, dass Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen keinen positiven Effekt auf hochproduktive Unternehmen hat, wenn diese in einem Land mit sehr strengen Vorschriften angesiedelt sind. Außerdem sind die Anreize oder Fähigkeiten eines Unternehmens größer, ihre Produktivität zu steigern, um wettbewerbsfähiger im Vergleich zu ausländischen Konkurrenten zu werden, wenn in dem betreffenden Land weniger strenge Bestimmungen gelten. Wettbewerb von außen hat jedoch keinen maßgeblichen Einfluss auf Unternehmen, die sehr geringe Produktivitätssteigerungen aufweisen. Allerdings können unproduktive Unternehmen schneller ihre Marktanteile verlieren und aus dem Markt verdrängt werden.

Im Rahmen der Studie wurden in Abhängigkeit des Importanteils der jeweiligen Sektoren auch eine Reihe verschiedener Marktreflexionen simuliert. So konnten bei Reformen im Gütermarkt eindeutig Produktivitätssteigerungen beobachtet werden, die noch deutlicher bei einem hohen Importanteil der Sektoren ausfällt. Dabei ist die Wirkung größer, wenn die Länder eine hohe Handelsöffnung aufweisen.

Die Studie zeigt abschließend, dass die positiven Effekte staatlicher Deregulierungsmaßnahmen stark abnehmen, wenn Sektoren nicht offen für Importe sind. Vor allem sollten die Probleme der Globalisierung mit Bedacht angegangen werden, da dies potenziell verheerende Auswirkungen auf diejenigen Unternehmen haben könnte, die am meisten zum Wachstum der OECD-Staaten beitragen.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU78679

Dieser Beitrag ist am 20. Januar 2017 in längerer Version in englischer Sprache auf dem Portal „VoxEU.org“ erschienen: <http://voxeu.org/article/how-deregulation-and-globalisation-interact-boost-economic-growth>

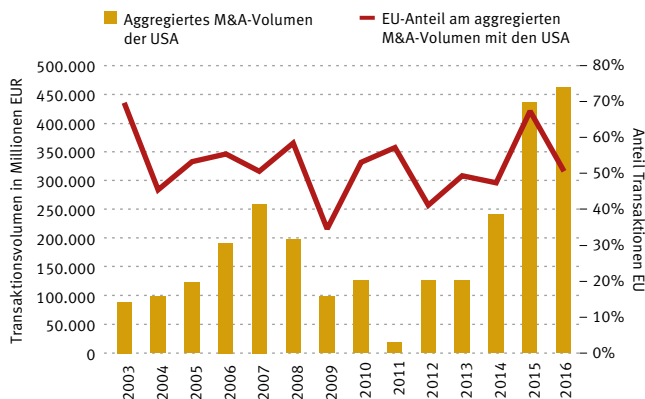
Dr. Sarra Ben Yahmed, ben-yahmed@zew.de
Dr. Sean Dougherty, sean.dougherty@oecd.org



US-Politik schürt Unsicherheit bei M&A mit EU

Seit seiner Amtseinführung im Januar 2017 hat US-Präsident Donald Trump, zahlreiche Änderungen der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik angekündigt – unter anderem die Einführung von Strafzöllen gegen China, Mexiko und die EU sowie die geplante Neuverhandlung verschiedener internationaler Handelsabkommen. Der wirtschaftliche Erfolg der USA ist auf vielfache Art und Weise mit anderen Ländern verknüpft. Vor allem die EU stellt einen der wichtigsten Handelspartner der USA bei Übernahmen von und Fusionen mit Privatunternehmen dar.

M&A-TRANSAKTIONSVOLUMEN DER USA WELTWEIT IM VERHÄLTNISS ZUR EU



Quelle: Berechnungen des ZEW auf Basis der Zephyr-Datenbank Bureau van Dijk

Wie die Grafik zeigt, ist das absolute Transaktionsvolumen von M&As zwischen Privatunternehmen der USA und dem Rest der Welt dabei stark an den europäischen Handelspartner geknüpft. Das M&A-Transaktionsvolumen der USA mit dem Rest der Welt spiegelt in etwa die Konjunkturzyklen der vergangenen Jahre wider. Besonders auffällig ist, dass nach der Finanzkrise

der Jahre 2008/2009 die entsprechenden Aktivitäten stark zurückgingen. Zuletzt erreichte das Transaktionsvolumen jedoch einen Rekordwert von 461,8 Milliarden Euro. Der Löwenanteil der Geschäfte (50,54 Prozent) wurde 2016 mit Privatunternehmen der EU abgewickelt. Das einzige Jahr, in welchem Unternehmen aus Europa für weniger als 40 Prozent des US-amerikanischen Transaktionsvolumens verantwortlich waren, ist das Krisenjahr 2009.

Sollte es tatsächlich zu einem prognostizierten Handelskrieg zwischen den USA und der EU kommen, hätte dies auch nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf das M&A-Geschäft der beiden Handelsregionen. Eine Einführung von Strafzöllen könnte zu einem Einbruch des Transaktionsvolumens führen, denn ein signifikanter Anteil des Volumens entsteht aus einzelnen großen Geschäften. Fehlende Synergien zwischen den USA und der EU würden sich auf diese Megadeals auswirken – und noch mehr auf kleinere Unternehmen. Da M&A-Aktivitäten mit vielen Risiken verbunden sind, schadet diese Unsicherheit. Außerdem könnten Investoren aufgrund sich ändernder Verhältnisse nach attraktiveren Möglichkeiten in Alternativmärkten suchen.

Andererseits wird in den USA jüngst auch über eine Steuerreform spekuliert, wonach Unternehmen im Land, in dem Produkte verkauft werden, besteuert werden sollen. In der Regel werden Unternehmensgewinne in dem Land besteuert, in dem sie erwirtschaftet werden. Eine solche Reform könnte theoretisch Steueroasen völlig austrocknen. Würde diese Regelung allerdings lediglich in den USA und nicht im Rest der Welt eingeführt, könnte dies zu Perturbationen führen. Unternehmen, die viel in den USA verkaufen, hätten Anreize, ihre Produktion auch dorthin zu verlagern. Dies ließe sich kurzfristig vor allem mit M&A-Aktivitäten als Sprungbrett nutzen, wodurch Transaktionen zwischen den USA und der EU auch zunehmen könnten.

Niklas Dürr, duerr@zew.de
David Lun, p-lun@zew.de

Internationale Großübernahmen prägen Europas Telekommunikationssektor

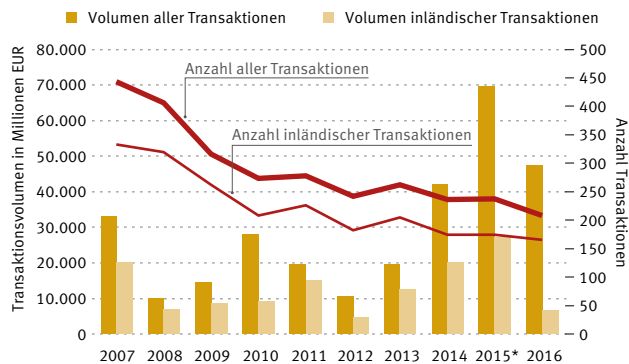
Wie auch auf dem US-amerikanischen Telekommunikationsmarkt lassen sich auf den europäischen Telekommunikationsmärkten zwei Trends erkennen. Zum einen sinkt die Anzahl der Transaktionen pro Jahr – seit 2007 haben sich die M&A-Aktivitäten zahlenmäßig mehr als halbiert –, zum anderen steigen die Transaktionsvolumina seit einigen Jahren an, was auf immer größere Einzeltransaktionen hindeutet. Dabei spielen im europäischen Markt zwei Effekte eine Rolle: Einerseits findet eine innerstaatliche Marktkonsolidierung statt, andererseits dehnen

paneuropäische Telekommunikationskonzerne ihre Tätigkeitsfelder auf mehr Märkte aus oder vergrößern Tochterorganisationen im Ausland.

Die größte innerstaatliche Transaktion der vergangenen Jahre wurde 2016 durch die British Telecom (BT) vorgenommen. Mit der Übernahme von Everything Everywhere, einem Joint Venture der Deutschen Telekom und Orange (vormals France Télécom), sichert sich BT als größter Festnetzanbieter damit den größten Mobilfunkbetreiber Großbritanniens für insgesamt 16,3 Milliar-



ANZAHL UND VOLUMINA VON TRANSAKTIONEN IM EUROPÄISCHEN TELEKOMMUNIKATIONSSEKTOR



Quelle: Zephyr Datenbank, Bureau van Dijk. *ZEW Anpassung: Die Fusion zwischen Altice SA und Altice N.V. stellt eine firmeninterne Umstrukturierungsmaßnahme ohne substantielle Veränderung der Eigentumsverhältnisse dar. Entsprechend wurde das gesamte Transaktionsvolumen 2015 um das Volumen der Umstrukturierung in Höhe von 61,9 Milliarden Euro bereinigt.

den Euro. Auch die inländische Akquisition der belgischen Base durch den Breitbandanbieter Telenet im Jahr 2016 für rund 1,3 Milliarden Euro zeigt, dass Übernahmen von Mobilfunkanbietern durch Festnetzbetreiber eine attraktive Option darstellen und zur Marktkonsolidierung beitragen.

Zwar ist der europäische Telekommunikationsmarkt sowohl auf der Festnetz- als auch auf der Mobilfunkebene noch stärker fragmentiert als der US-Markt, jedoch gibt es auch in Europa Tendenzen zur länderübergreifenden Konsolidierung. Dabei bauen paneuropäische Telekommunikationskonzerne wie Vodafone, die Deutsche Telekom, Telefónica, Liberty Global oder Altice ihre Netzinfrastrukturen („footprint“) in anderen als ihren Herkunftsländern aus. Ein Beispiel für dieses Phänomen ist die Übernahme von SFR durch Altice im Jahr 2014 für rund 14,25 Milliarden Euro. Der Ankauf des Mobilfunkanbieters erlaubt es Altice, durch seine Tochter Numericable sowohl Mobilfunk- als auch Breitbanddienste anzubieten. In Deutschland sind bekannte Fälle die 2010 und 2011 durchgeführten Übernahmen der Kabelnetzbetreiber Unitymedia sowie Kabel BW durch die britische Liberty Global für rund 6,7 Milliarden Euro.

Auch einige rein nationale Transaktionen bestätigen diesen paneuropäischen Konsolidierungstrend. Die Übernahme von Base durch Telenet in Belgien ist ein solcher Fall, da es sich bei Telenet um eine Tochtergesellschaft von Liberty Global handelt. Die Übernahme von E-Plus durch die deutsche Telefónica-Tochter O2 2014 für rund 8,6 Milliarden Euro ist ein weiteres Beispiel für nationale Konsolidierung durch überregionale Akteure.

Dr. Wolfgang Briglauer, briglauer@zew.de

M&A zwischen Türkei und EU brechen ein

Das M&A-Geschäft zwischen türkischen Unternehmen und Unternehmen aus der Europäischen Union (EU-28 inkl. Kroatien und Großbritannien) ist im Jahr 2016 deutlich eingebrochen. Als Ursachen lassen sich die politische Spannungen und die inzwischen deutlich gesunkenen Aussichten der Türkei auf einen Beitritt zur europäischen Staatengemeinschaft anführen.

Für die Auswertung wurden alle angekündigten oder schon abgeschlossenen Fusionen und Übernahmen erfasst, für die ein Transaktionsvolumen berechnet oder geschätzt wurde. Die M&A-Aktivitäten zwischen türkischen und EU-Unternehmen waren im Jahr 2007 auf einen Rekordstand von fast 37 Milliarden Euro angewachsen. Im Zuge der globalen Finanzkrise ging dieses Volumen anschließend massiv zurück, stieg jedoch 2015 wieder auf 7,7 Milliarden Euro an. Im Jahr 2016, das durch den gescheiterten Putsch-Versuch von Teilen des türkischen Militärs und die Diskussion um zunehmende autoritäre Tendenzen in der Türkei geprägt war, ging das Gesamtvolumen der Transaktionen um über 73 Prozent auf nur noch gut zwei Milliarden Euro zurück.

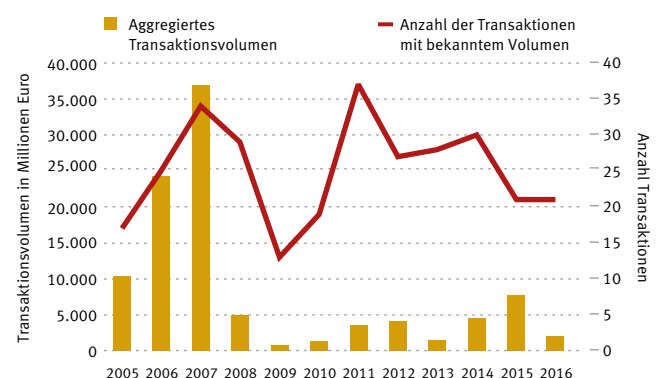
Stabile Entwicklung der M&A-Transaktionsanzahl

Verglichen mit dem Einbruch der M&A-Transaktionen zwischen Russland und den Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), blieb die Anzahl der Transaktionen zwischen der Türkei und der EU deutlich stabiler: 2016 wurden 21 Transaktionen vermerkt, im

Rekordjahr 2011 waren es 37 Transaktionen. Die M&A-Aktivitäten zwischen Russland und den OECD-Ländern waren nach der Krimkrise fast völlig zum Erliegen gekommen. Wichtigster Sektor in M&A-Geschäften zwischen EU- und türkischen Unternehmen war gemessen am Volumen der Transaktionen mit großem Abstand der Bankensektor, gefolgt von der Versorgungswirtschaft (Gas, Wasser, Elektrizität), der Chemieindustrie, dem Bereich Post und Telekommunikation sowie der Nahrungsmittelindustrie.

Stefan Frübing, fruebing@zew.de

ANZAHL UND VOLUMEN DER M&A-TRANSAKTIONEN ZWISCHEN UNTERNEHMEN AUS DER TÜRKEI UND DER EU



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW.

Nachgefragt: Wie lässt sich die Rentenlücke in Deutschland schließen?

„Weltweite Diversifikation am Kapitalmarkt ist der Königsweg für die Altersrente“

Während die Lebenserwartung in Deutschland steigt, hinkt die demografische Entwicklung hinterher. Dazwischen klafft die Rentenlücke, also die Differenz zwischen gewohntem Nettoarbeits-einkommen und Rentenzahlung am Ende des Arbeitslebens. Trotz Maßnahmen wie der Riester-Rente zeichnet sich ab, dass vielen heutigen Arbeitnehmern/-innen die späteren Rentenbezüge nicht reichen werden, um den gewohnten Lebensstandard halten zu können. ZEW Research Associate Martin Weber plädiert dafür, neben gesetzlicher und betrieblicher Altersvorsorge am Kapitalmarkt zu investieren, um für die Altersrente vorzusorgen.

Ist das Phänomen der Rentenlücke eine generelle „Alterschwäche“ oder Krankheit hoch entwickelter Industrienationen? Wie sieht es vergleichsweise in anderen Ländern aus?

Schweden und Australien haben neben der gesetzlichen und betrieblichen Altersvorsorge eine verpflichtende dritte Säule geschaffen, die – bei einer gewissen Risikoeinstellung – besser ist als das, was wir in Deutschland geboten bekommen. Besser heißt in dem Fall, dass der schwedische oder australische Staat einen Rentenfonds in Form eines optimal diversifizierten Portfolios anbietet, in den die Bevölkerung einen Teil ihrer Sozialabgaben einzahlt. Zwar gilt bei einem solchen Modell: Ohne Risiko keine mehr erwartete Rendite. Wenn das Risiko aber optimal verteilt wird – durch weltweit diversifizierte Investitionen in unterschiedliche Anlageklassen –, dann kann man mit einer guten Renditeerwartung rechnen. Schweden und Australien sind so erfolgreich mit ihrem Modell, weil sie hohe Renditen haben. Die Riester-Rente ist ein Versuch in ähnlicher Richtung, der aber an einer Reihe von Konstruktionsfehlern krankt.

Was ist denn das Problem der Riester-Rente?

Die Riester-Rente ist eine staatlich geförderte private Altersvorsorge, die in eine Vielzahl von Anlageprodukten investieren kann. Vom Produkt her ist das allerdings zu beliebig. Zudem war die Riester-Rente ursprünglich ohne eine Kapitalgarantie geplant. Der öffentliche Druck wurde dann aber so groß, dass das eingezahlte Kapital am Ende nun doch wieder zur Verfügung stehen muss. Dieser Mechanismus lässt aber die Inflationsentwicklung unberücksichtigt. Schließlich ist die Riester-Rente eine Art freiwilliger Rente, bei der Vertreter für den Vertrieb teuer bezahlt werden, während der/die Verbraucher/innen die Riester-Förderung selbst beantragen müssen, was viel zu aufwendig ist. Bei der Riester-Rente wurden also Fehler gemacht, die zu einem gewissen Grad politisch gewollt sind, weil die Bevölkerung Angst vor dem Kapitalmarkt hat.

Wie sicher wäre denn eine Rente als Anlage am Kapitalmarkt im derzeitigen Niedrigzinsumfeld?

Die gegenwärtige Niedrigzinnsphase ist eine Momentaufnahme. Am ZEW haben wir uns in einer Reihe von Studien an-

gesehen, wie hoch der Realzins in Deutschland unter Berücksichtigung der Inflation in den vergangenen 30 Jahren war. Nullzins-Phasen gab es dabei immer wieder ebenso wie Situationen, in denen der Realzins etwa bei vier Prozent und die Inflation bei 4,5 Prozent oder 3,5 Prozent lag. Das heißt, die jetzige Niedrigzinsphase fällt bei einer Anlage am Kapitalmarkt über 30, 40 Jahre hinweg gar nicht so sehr ins Gewicht. Am Kapitalmarkt anlegen heißt aber auch, notgedrungen auch ein gewisses Risiko eingehen, das sich jedoch deutlich verringern lässt. Die weltweite Diversifikation ist dabei der Königsweg, denn die Weltwirtschaft geht ja nicht auf einen Schlag auf null runter.

Wie wollen Sie die arbeitende Bevölkerung und die politischen Institutionen davon überzeugen, zwecks Altersvorsorge am Kapitalmarkt zu investieren?

Am Kapitalmarkt anlegen heißt erstmal nichts anderes, als in Unternehmensbeteiligungen zu investieren, die natürlich Schwankungen ausgesetzt sind aber langfristig eine steigende Bewertung erwarten lassen. Bei möglichst breit gestreuten Beteiligungen – im Aktienindex MSCI World sind zum Beispiel rund 1.700 Unternehmen notiert – gehört mir ein kleiner Bruchteil der Weltwirtschaft. Die Börse ist keine Spielkasino, sondern dient dazu, Unternehmensanteile zu bewerten, das muss man den Menschen nahe bringen. Bei den politischen Institutionen bin ich eher weniger optimistisch. Sicherlich müssten Modelle wie aus Schweden oder Australien für Deutschland angepasst werden, indem etwa Sparkomponenten über gestaffelte Risikoklassen angeboten werden, da zählt dann die Präferenz des Einzelnen. Daneben braucht es zusätzliche Lösungen für Geringverdiener. Der Staat könnte dafür Instrumente bereitstellen. Und eine Institution wie das ZEW könnte dazu natürlich in Form von wissenschaftlich erarbeiteten Vorschlägen beitragen.



Foto: ZEW

Prof. Dr. Dr. h. c. Martin Weber

ist Research Associate des ZEW und kooperiert besonders eng mit dem Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“. Er hat den Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Finanzwirtschaft, insbesondere Bankbetriebslehre an der Universität Mannheim seit 1993 inne und war zuvor als Professor an den Universitäten Kiel und Köln tätig. Sein Forschungsschwerpunkt konzentriert sich neben Bankbetriebslehre auf Verhaltensökonomik. Am ZEW widmet er sich vorrangig den Themenbereichen Anlage, Anleger und Regulierung.

weber@zew.de

Landesregierung Baden-Württemberg und ZEW würdigen Lothar Späth

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg und das ZEW haben am 21. März 2017 mit einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung in Mannheim den ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten und Mitinitiator des ZEW Prof. Dr. h. c. Lothar Späth geehrt. Zusammen mit Winfried Kretschmann MdL, dem amtierenden Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, und Günther H. Oettinger, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, sowie weiteren Weggefährten Lothar Späths wurden am ZEW seine Ideen für ein wirtschaftlich starkes und zentraleuropäisches Baden-Württemberg mit Blick auf die derzeitige und zukünftige Entwicklung Europas gewürdigt.

„Lothar Späth war ein Macher“, sagte ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. in seiner Rede vor rund 300 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft am ZEW. Mit großer Umtriebigkeit habe Späth ehrgeizige Pläne für die wirtschaftliche Zukunftssicherung Baden-Württembergs verfolgt – nicht zuletzt durch seine Impulse bei der Gründung des ZEW im Jahr 1990. Für Lothar Späth hätten der Wissenstransfer und die Praxisnähe der Forschung immer eine entscheidende Rolle gespielt. „Daher hat sich das ZEW auch nie als ein Institut im Elfenbeinturm der Wissenschaft verstanden.“ Dieser Auftrag habe gerade in der heutigen Zeit an Bedeutung gewonnen. „Das ist ein Appell an uns als Ökonomen“, so der ZEW-Präsident. Projekte zur betrieblichen Weiterbildung als Schlüssel zur erfolgreichen Bewältigung der Digitalisierung, zum Innovationsgeschehen in Deutschland und Europa sowie zu Klimawandel, Chancengerechtigkeit und Zuwanderung stellten einen Beitrag dar, um dem Gründungsauftrag zu folgen und Klarheit auf der Basis von Fakten zu schaffen.

Im Anschluss sprach Winfried Kretschmann über die „Rolle Europas in Zeiten des Umbruchs“. Lothar Späth habe Europa als

Zukunftsmodell für die globalisierte Welt skizziert. Diese Vision scheine angesichts gegenwärtiger nationalistischer Bewegungen in Europa allerdings in die Ferne gerückt. „Viele Menschen fühlen sich von den Umbrüchen unserer Zeit bedroht“, sagte der Ministerpräsident und nannte die Flüchtlingskrise, Terrorismus, die Regulierung multinationaler Konzerne und Datenschutz als Beispiele. „Wir müssen diese Probleme kraftvoll angehen“, forderte Kretschmann, „keines davon lässt sich ohne Europa lösen.“ Europa müsse in Bewegung bleiben und sich ändern, allerdings auch der Motor für die globale Veränderung sein, wenn der Motor in den USA stottere. „Wir brauchen – mit den Worten Lothar Späths – ein ‚Europa der Regionen‘“, so Kretschmann.

„Lothar Späth war Europäer“

EU-Kommissar Günther Oettinger pflichtete in seiner Ansprache Winfried Kretschmann bei: „Lothar Späth war Europäer.“ Späths Wunsch sei es gewesen, dass Baden-Württemberg mit dem ZEW ein wahrnehmbares Wirtschaftsforschungsinstitut habe. Durch seine Initiativen habe Lothar Späth einen Sinn für die kommenden, großen Herausforderungen Europas bewiesen. „Die vergangenen Jahrzehnte waren von Globalisierung, Digitalisierung und Automatisierung geprägt – und die nächsten werden es bleiben.“ Da Europa wie kein anderer Kontinent von Regionen der Instabilität umgeben sei, sei Europa aber nach wie vor eine Friedensunion der Gegenwart und nicht nur des vergangenen Jahrhunderts. In einem globalen Wettbewerb von Wertordnungen und Gesellschaftsmodellen gelte es, europäische Werte wie Rechtsstaatlichkeit, freie Meinungsäußerung und repräsentative Demokratie zu exportieren. „Die Gedanken von Lothar Späth sind dabei eine Blaupause für uns“, so Oettinger.

Felix Kretz, kretz@zew.de



Prof. Achim Wambach, Ph.D.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. bei der Begrüßung der rund 300 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft anlässlich der Gedenkveranstaltung für Lothar Späth am ZEW.

Gedenkveranstaltung für Lothar Späth – Bildung als Schlüssel zur Digitalisierung

Einer der Höhepunkte bei der Gedenkveranstaltung für Prof. Dr. h. c. Lothar Späth am ZEW war die Podiumsdiskussion, bei der Möglichkeiten und Herausforderungen des technologischen Wandels im Mittelpunkt standen. Zu Ehren des visionären Gedankenguts von Lothar Späth debattierten neben Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL und EU-Kommissar Günther H. Oettinger auch Dr. Herbert Henzler, ehemaliger Deutschland-Chef der Unternehmensberatungsgesellschaft McKinsey, Dr. E. h. Martin Herrenknecht, Vorstandsvorsitzender der Herrenknecht AG, und ZEW-Forschungsbereichsleiterin Prof. Dr. Irene Bertschek. ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. moderierte die Diskussion. Ganz im Sinne Späths forderte Herbert Henzler mehr Einsatz von Wirtschaft und Politik für den Digitalisierungsprozess. Dafür brauche es eine stärkere Bindung der Fachkräfte in Europa und einen Umschwung hin zu digitalen Wissensplattformen. Sowohl Kretschmann als auch Oettinger befürworteten eine stärkere Förderung und Gründung von Forschungsverbänden. Baden-Württembergische Forschungsverbände müssten attraktive Hot-Spots werden, gleichzeitig solle auch der Technologietransfer zwischen Forschung und Wirtschaft erkennbar sein, so Kretschmann. Hinzu komme die bisher noch geringe Zahl der IT-Spezialisten. Es sei notwendig, die Digitalisierung in die Gesellschaft zu tragen, angefangen bei Schulen und Fami-



Prof. Achim Wambach, Ph.D., Winfried Kretschmann, Prof. Dr. Irene Bertschek, Dr. E. h. Martin Herrenknecht, Dr. Herbert Henzler und Günther H. Oettinger (v.l.) debattierten zum Thema Digitalisierung.

lien bis zu Universitäten und Unternehmen, erklärte Oettinger. Herrenknecht setzte dem entgegen, dass es bereits eine sehr gute Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gebe. Fachleute würden in allen Disziplinen gebraucht. Die digitale Welt könne von der realen nicht vollkommen entkoppelt werden. Schlussendlich wies Irene Bertschek darauf hin, dass Unternehmen IT-Weiterbildungsbedarf besonders im Bereich der Datensicherheit sehen. Weiterbildung müsse demnach disziplinenübergreifend gefördert werden. Nur eine Wissensvernetzung bringe die Digitalisierung in Europa voran.

ZEW-Aufsichtsrat tagt zum ersten Mal im neuen Jahr



Die Mitglieder des ZEW-Aufsichtsrats um die Vorsitzende Theresia Bauer (vierte v.l.) bei der ersten Sitzung des Gremiums im Jahr 2017 am ZEW.

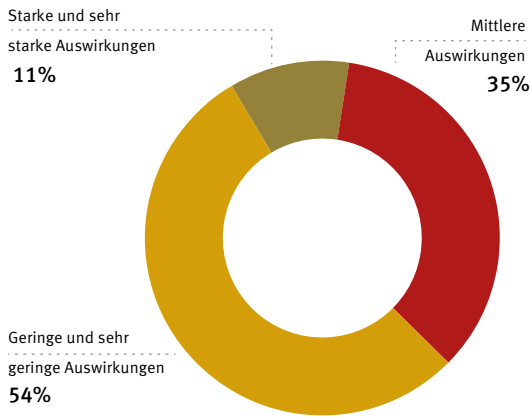
Der Aufsichtsrat des ZEW ist zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr zusammengelassen. Die Aufsichtsratsvorsitzende Theresia Bauer MdL, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, nahm dies zum Anlass, um im Namen des gesamten Aufsichtsrats allen Mitarbeiter/innen sowie der Leitung des ZEW größte Anerkennung zu zollen für die hervorragende Leistung bei der Evaluierung der Arbeit des Forschungsinstituts durch die Leibniz-Gemeinschaft 2016. Die Vorsitzende konnte zu dieser ersten Sitzung im Jahr 2017 auch drei neue Mitglieder in den Reihen des ZEW-Aufsichtsrats begrüßen: Barbara Sinner-Bartels, Ministerialdirigentin im Ministerium für Finanzen des Landes Baden-Württemberg, Dr. Philipp Steinberg vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie Hubert Wicker, Ministerialdirektor im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg.

ZEW-Wissenschaftler mit Förderpreis Geoinformatik 2017 ausgezeichnet

Jan Kinne, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“, hat den Förderpreis Geoinformatik 2017 für die beste Masterarbeit im Rahmen der Abendveranstaltung der Münchner GI-Runde erhalten. Er wurde ebenfalls mit dem Publikumspreis für die beste Präsentation der Abschlussarbeit prämiert. Die Auszeichnung wird all-

jährlich vom Runden Tisch GIS e.V. gemeinsam mit der TU München verliehen. In seiner Masterarbeit mit dem Titel „The Geographic Dispersal of the German Software Industry – Geospatial Analysis and Location Pattern Modelling“ untersuchte Jan Kinne das Standortmuster der deutschen Softwareindustrie anhand des geokodierten Mannheimer Unternehmenspanels.

Preisrückgang für Wohnimmobilien würde Finanzstabilität kaum gefährden



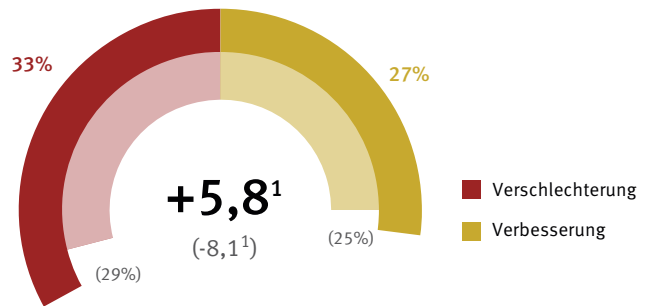
Quelle: ZEW

Einen Rückgang der Preise für Wohnobjekte um 20 Prozent oder mehr innerhalb der nächsten zwölf Monate halten die Experten/-innen der Sonderbefragung des ZEW-Finanzmarkttests im März 2017 für sehr unwahrscheinlich. Eine Abwärtskorrektur in derselben Größenordnung auf Sicht von fünf Jahren wird dagegen als durchaus denkbares Szenarium betrachtet. Der Eintritt eines solchen Ereignisses hätte gleichwohl nur moderate Auswirkungen auf die hiesige Finanzstabilität: Lediglich jede(r) zehnte Finanzmarktexperte/-in würde in diesem Fall mit starken oder sogar sehr starken Auswirkungen rechnen. Mehr als die Hälfte geht dagegen von geringen oder sogar sehr geringen Effekten sinkender Wohnimmobilienpreise für die finanzielle Gesundheit von Bankensystem und Privatsektor in Deutschland aus. Diese Einschätzung lässt sich mit den hohen Eigenkapitalanteilen erklären, die bei Immobilienfinanzierungen eingesetzt werden.

Dr. Oliver Lerbs, lerbs@zew.de

ZEW-PwC-Wirtschaftsbarometer China – Moderater Ausblick auf das Wirtschaftswachstum

Einschätzung der aktuellen Konjunktursituation und der Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten



1) Mitte: Einschätzung der aktuellen Konjunktursituation in China. Differenz aus positiven und negativen Antworten. Ring: Wahrscheinlichkeit einer Verschlechterung bzw. Verbesserung der Konjunktursituation innerhalb der nächsten zwölf Monate in Prozent. Differenz zu 100 Prozent: Wahrscheinlichkeit „gleichbleibend“. Vorquartalswerte jeweils in Klammern.

Quellen: ZEW und PwC

Im zweiten Quartal 2017 ergibt sich ein zwiespältiges Ergebnis für die Konjunkturaussichten Chinas: Einerseits bewerten die befragten Manager/innen die konjunkturelle Situation Chinas deutlich besser als im Vorquartal. Der Wert des Indikators steigt von minus 8,1 Punkte auf 5,8 Punkte. Andererseits ist die Stimmung bei den konjunkturellen Aussichten für die kommenden zwölf Monate eher verhalten. Die allgemeine Einschätzung sinkt von 1,6 Punkte auf minus 3,5 Punkte. Auch die Wahrscheinlichkeitsangaben zu den Konjunkturveränderungen in den kommenden zwölf Monaten drücken eine gewisse Unsicherheit aus. Sowohl die Wahrscheinlichkeit für eine Verbesserung als auch für eine Verschlechterung stieg gegenüber der vorherigen Umfrage an. Allerdings wird nach wie vor eine weitere Verschlechterung der Konjunktursituation als etwas wahrscheinlicher angesehen als eine Verbesserung.

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de



Sechste Mannheim Energy Conference

Das ZEW veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem „Mannheim Centre for Competition and Innovation“ (MaCCI) am 11. und 12. Mai 2017 die sechste Mannheim Energy Conference. Dabei sollen verschiedene Aspekte von Wettbewerb und der Regulierung in Energiemärkten, von Bereitstellung und Management von Infrastrukturen, einer nachhaltigen Energiewende, der Energienachfrage und -effizienz sowie von Innovationen und Investitionen im Energiebereich thematisiert werden.

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA2221

MaCCI-Konferenz zu Innovationsökonomik

Die siebte Konferenz des „Mannheim Centre for Competition and Innovation“ (MaCCI) zur Innovationsökonomik und Patentforschung findet am 15. und 16. Mai 2017 am ZEW statt. Neben den Keynote-Vorträgen und den Vorträgen in Parallelsessions wird es erstmals das Format „Paper-Speed-Dating“ geben, bei dem kurz wesentliche Erkenntnisse des Forschungspapiers im Plenum präsentiert werden und anschließend ein individueller Austausch anhand von Postern stattfindet.

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA2202



Foto: ZEW

Europas Stärke ist seine Vielfalt

Vor 60 Jahren haben Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg in Rom die Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie zur Europäischen Atomgemeinschaft unterzeichnet.

Nach der Gründung der Montanunion 1951 waren die Römischen Verträge

mit dem Aufbau einer Zollunion und eines gemeinsamen Marktes der nächste fundamentale Schritt im europäischen Integrationsprozess. Interessant ist, unter welchen Voraussetzungen die Römischen Verträge zustande kamen.

Im Oktober 1950 machte der französische Ministerpräsident René Pleven den Vorschlag für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Während die nationalen Parlamente der Partnerstaaten nacheinander zustimmten, stemmte sich die französische Nationalversammlung 1954 schließlich dagegen. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft kann jedoch als Impuls für die Römischen Verträge verstanden werden. Auf der Konferenz von Messina im Juni 1955, die Rom vorausging, stand nun wieder die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas im Vordergrund. Das „Nein“ der Franzosen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bis hin zur Ablehnung des Vertrags über eine Verfassung in Europa sowohl im französischen als auch im niederländischen Parlament im Jahr 2005 zeugen vom Auf und Ab des europäischen Integrationsprozesses. Viele Maßnahmen, die Europa erfolgreich unternommen hat, wurden häufig zunächst in unterschiedlichen Konstellationen erbracht. So wurde etwa das Schengener Abkommen zur Beseitigung von Passkontrollen an den Binnengrenzen ursprünglich von fünf EU-Gründungsstaaten getragen – zu einem Zeitpunkt, da der Gemeinschaft bereits zehn Mitglieder angehörten. Auch der Euro ist bis heute nicht in allen EU-Staaten Zahlungsmittel.

Mit der nunmehr offiziellen Austrittsentscheidung Großbritanniens verlässt die zweitstärkste Volkswirtschaft Europas die Union. Der Brexit – wie auch die nationalistischen Töne im Zuge der anstehenden Wahlen in einigen europäischen Ländern – hat eindrücklich gezeigt, dass die europäische Integration nach wie vor kein Selbstläufer ist. Nicht jeder EU-Mitgliedstaat trägt jedes Projekt mit.

Die EU tut sich schwer, auf diese Entwicklungen die passende Antwort zu finden. EU-Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker hat jüngst fünf Szenarien zur Zukunft Europas vorgelegt und ist stark dafür kritisiert worden, dass diese Vielfalt einen klaren Plan vermissen lasse. Die Forderung nach eindeutigen Vorgaben aus Brüssel scheint jedoch daran vorbeizugehen, dass die nationalen Parlamente und Bürger/innen mehr Souveränität und Mitbestimmung fordern. Es ist daher gut, dass die Diskussion um Europa wieder in die Nationalstaaten verlagert wird. Folgerichtig gewinnt auch das dritte Szenario Junckers an Gewicht – das der unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Integration oder, etwas weniger wertend, eines Europas der variablen Geometrie.

Wenn Abkommen zugelassen würden, die nicht zwingend von allen EU-Ländern ratifiziert werden müssen, aber bei denen jedem Land der Beitritt frei stünde, könnte ein Europa mit variablen Geometrien entstehen, in dem sich bei unterschiedlicher Zusammensetzung der Mitgliedstaaten Synergien nutzen lassen. Durch die Verlagerung der Entscheidung zur Teilnahme auf die nationale Ebene ließe sich dem Gefühl der Fremdbestimmung durch die EU-Institutionen in Brüssel entgegenwirken, wodurch auch die Identifikation und Akzeptanz der jeweiligen nationalen Bevölkerung mit und von EU-Projekten gefördert würde.

Die Stärke der EU liegt darin, dass ihre Mitglieder Projekte wie den Binnenmarkt oder die Umsetzung fairer Wettbewerbsregeln gemeinsam effizienter und effektiver bewältigen können, als allein auf nationaler Ebene. Andere Projekte, bei denen Synergieeffekte genutzt werden können, liegen etwa in der Flüchtlings- oder der Verteidigungspolitik. Seit den Römischen Verträgen lebt die europäische Zusammenarbeit davon, dass einzelne Staaten die Initiative ergreifen, machbare Synergien realisieren, und offen für die Einbeziehung weiterer Staaten sind. Der EU hat dies gut getan und sie wird auch künftig davon profitieren.

Dieser Beitrag ist zuerst am 25. März 2017 in der Madsack Mediengruppe erschienen.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich · **Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail grittmann@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail kretz@zew.de
Sabine Elbert · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail elbert@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2017 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft